

## Kapitalismus auf dem „Pflegemarkt“

In den vergangenen Wochen gab es Diskussionen über das Altenhilfezentrum in Mörfelden-Walldorf. Es wurde öffentlich gestritten, „wie teuer Altenpflege sein darf“. Es gab viele Gespräche über die Höhe der Pflegesätze. Man hörte auch auf der Geburtstagsfeier Sätze wie: „Wenn Opa dort reinkommt, ist das Häuschen weg.“

Wenig wurde geredet über die Kältschnäuzigkeit der Kassen, über die Reduzierung der Pflegesätze und über weiter vorgesehene Kürzungen. Auf Anfrage von Rudi Hechler, Kreistagsabgeordneter der PDS/OL, kündigte der Landrat eine weitere Zuschußverminderung von 367.382,- DM an.

Klar ist: die Pflege und Betreuung alter Menschen ist zeit-, personal- und kostenintensiv. Und: Jeder wird alt und sollte sich schon überlegen, wie er dann leben will. Gute Pflege für immer weniger Geld ist eine absurde Forderung, der man entschieden entgegenzutreten muß. Die Würde des Menschen darf nicht an absoluten betriebswirtschaftlichen Faktoren gemessen werden.

Es gilt selbstverständlich, zwischen hausinternen, lösbaren Problemen einerseits, und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen andererseits zu differenzieren. Wir meinen: trotz vorhandener Probleme - auf unser Altenhilfezentrum können wir stolz sein.

Beim 10. Geburtstag des Altenhilfezentrums Mörfelden-Walldorf sagte Dr. Jürgen Richter, Geschäftsführer der Johanna-Kirchner-Stiftung, u.a.:

„An dieser Stelle gilt mein besonderer Dank all denjenigen, die dieses Haus werden ließen und deren „Leitfragestellung“ stets lautete „Wie will ich selbst im Alter leben?“ Die trotz „warrender“ Stimmen an der Idee von Einzelzimmern für Alle festhielten, die Ebenerdigkeit und Licht zur Konstruktionsgrundlage werden ließen, die ökologisches Bauen konsequent umsetzten. Als erster Leiter dieses Hauses habe ich das letzte Kapitel dieser Planungsphase miterleben dürfen. ....“

Diese letzten zehn Jahre haben der stationären Altenpflege in Deutschland grundlegende Veränderungen beschert und damit auch die Situation hier im Haus deutlich verändert. Gestartet unter den Bedingungen des Selbstkostendeckungsprinzips kehrte mit der Pflegeversicherung zunächst die Ökonomisierung der Altenpflege und dann der Abbau von Standards ein.

Lange bevor am 1.1.95 die Beitragszahlung für die neue Pflegeversicherung begann, der am 1.4.95 die Leistungsaufnahme für häusliche Pflege und am 1.7.96 für den stationären Bereich folgte, lief eine Anzeigenkampagne der Bundesregierung, die zahlreiche Irrtümer bei pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen auslöste. Vom „Ende der Sozialhilfe“ war die Rede „Pflege kommt“ wurde versprochen. Die Hoffnungen, nun werde bald die Pflege-



Altenhilfezentrum Mörfelden-Walldorf

versicherung statt der Sozialhilfe einspringen, der Abstieg zum Taschengeldempfänger werde vermieden und das eigene Häuschen bleibe den Kindern erhalten, diese Hoffnung indes trog.

Während in den Kassen der Pflegeversicherung innerhalb von drei Jahren fast 10 Milliarden DM an Überschüssen aufliefen, während ArbeitnehmerInnen durch Feiertagsstreikungen die Last nahezu allein trugen, wurden die Pflegebedürftigen buchstäblich „kurz“ gehalten. Durch festgeschriebene Leistungen, die von der Preisentwicklung abgekoppelt sind, wuchs das Mißverhältnis zwischen Bedarf und Geld. Höchstens DM 2.800,— (Härtefall DM 3.750,—) zahlt die Pflegeversicherung für häusliche und stationäre Pflege. Wenn man weiß, dass ein Pflegeplatz der höchsten Stufe in einer stationären Einrichtung des Rhein-Main-Gebietes kaum unter DM 6.000,—/Monat zu haben ist, kann man leicht nachrechnen, wie hoch der Fehlbetrag weiterhin ist.

Erhebliche Pflegesatzverluste führen zur von den Pflegekassen ausdrücklich verlangten Personalreduzierung bzw. zur Reduktion der Personalkosten durch eine veränderte Personalstruktur. Zunehmend werden geringfügig Beschäftigte und /oder nichtqualifizierte Arbeitskräfte eingesetzt. ....

Enge Zeitkorridore sollen verhindern, dass eine höhere Einstufung der pflegebedürftigen Menschen durch den Medizinischen Dienst erfolgen kann: Für eine Dusche 15-20 Minuten, Zahnpflege 5 Minuten, Kämmen 1-3 Minuten, Stuhlgang 3-6 Minuten, Umlagerung 2-3 Minuten sind z.B. die Vorgaben. Verbunden werden solche Vorgaben mit einem Menschenbild, das den Pflegebedürftigen als „Kunden“ bezeichnet, der zwischen den unterschiedlichen Angeboten kompetent und frei wählt. Auch der Kundenbegriff ist schillernd. Sein positiver Aspekt ist die „Botschaft“, dass den alten Menschen die Leistung zusteht. Dass diese Leistung nicht ein Ausdruck des Erbarmens ist oder der Gnade, sondern eine selbstverständliche Gegenleistung für die Pflegevergütung. ...

Der Kundenbegriff suggeriert Wahlfreiheit, wo häufig andere Menschen entscheiden, was der Pflegebedürftige „kauft“. Nicht immer ist das Wohl der pflegebedürftigen alten Menschen hier die alleinige Entscheidungsgrundlage.

Das „billigste“ Heim auszuwählen oder der Verzicht auf wichtige zusätzliche Leistungen, z.B. der psychosozialen Betreuung, sichert Vermögen, ist aber kaum im Interesse der alten Menschen. ...

Die Realität der Pflegebedürftigkeit findet sich in den Leitbildern und -begriffen der Pflegeversicherung kaum wieder. „Selbstbestimmung“, „Selbständigkeit“, „Reha“, „Aktivierung“ sind solche positiv besetzten Begriffe. Einsamkeit, vielfältige körperliche und psychische Krankheiten sind Realitäten, die der Markteuphorie entgegenstehen. Wenn diese Realitäten deutlich werden, reagiert die Gesellschaft mit zunehmender Altenfeindlichkeit. Die „wirklichen“ Alten haben nur selten „die Kraft der zwei Herzen“ und reisen auch kaum „probewohnend“ und kaufkräftig (Dank Pflegeversicherung!) zwischen den Seniorenresidenzen Europas hin und her. Die Behauptung von der Unbezahbarkeit menschlicher Versorgungssysteme vor dem Hintergrund der „A - greying

society“ (ergraue Gesellschaft) wird „überarbeitet“ und als „neu“ präsentiert. In der überarbeiteten Variante wird den Leistungserbringern dann die Quadratur des Kreises aberverlangt, nämlich für real und nominal immer weniger Geld eine stets noch verbesserte Leistung zu organisieren. ... Dieser Auftrag ist schlicht unerfüllbar.

Wenn dieses „Geheimnis“ aber noch länger gewahrt werden kann, wird das böse Erwachen erst dann kommen, wenn die gemeinnützigen Träger „pleite“ sind und renditeorientierte Dreiklassen-Pflege-Privatanbieter die dann als „Räuberkapitalismus“ beschreibbare Situation auf dem „Pflegemarkt“ organisieren werden.

Wer – wie wir – nicht solange warten will, der wird Alles tun, um effizient und qualitätsorientiert zu arbeiten, zu Pflegesätzen, die dies ermöglichen. Insofern ist die allererste und wichtigste Maßnahme des Qualitätsmanagement-Systems die Sicherstellung kostendekrender Pflegesätze.“



#### **Über 40.000 Besucher beim 12. UZ-Pressesfest - dem Volksfest der DKP**

*Auf nach Dortmund - klare Sache für DKP-Mitglieder, für UZ-Leserinnen und - Leser. Aber auch für Tausende Linke, vor allem Jugendliche, die sich mit diesem Fest verbunden fühlen. Blauer Himmel über der Emscher - das Prachtwetter führte auch viele Dortmund mit Kind und Kegel in den Revierpark Wischlingen. Und wieder gerieten alle über die Atmosphäre, die Attraktionen, die Gemütlichkeit und die Solidarität ins Schwärmen.*

*Viele, die mit dem Auto anreisten, mussten lange Wege auf sich nehmen, um von den Parkplätzen zum Revierpark zu marschieren. Vielfältig die Angebote: Büchermarkt, Kunstmarkt, Internet-Cafe. Auf zwei Bühnen ein volles Programm mit Lesungen und Konzerten. Franz Josef Degenhardt, Dietrich Kittner, die „Brings“. Frauencafé, Diskussionen, Streitgespräche. Im Hessezeit Ausstellungen über Georg Büchner und den Widerstand gegen die Flughafenverlängerungen. Es war das größte Fest der Linken in unserem Land, nicht wegzudenken aus der politischen Landschaft dieses Landes.*

## Wie wir belogen werden

Manchmal kommt die Wahrheit ganz beiläufig heraus. Da machte die CDU-Kreistagsfraktion Ende Juni nach einem Kirchgang zur Mönchhofkapelle einen Besuch des Caltex-Geländes. Sie wollten sich noch den Planer anhören, der den Auftrag hat, das „Filetstück“ Caltex-Gelände neu zu vermarkten. Immerhin 10.000 Arbeitsplätze sollen auf Kreisgebiet hier entstehen. Man sah schon im Geiste die Pressefotos „Haselbach mit Planungschef“. Man konnte schon die Unterschrift erahnen: „Hier entstehen 10.000 Arbeitsplätze - Dank Koch und Co.“ Aber dann kam es Knüppeldick für die Schwarzen, die sich so gerne in die Sonne stellen wollten. Planer Johannes Ziegler: „Wenn die neue Landebahn Nord gebaut wird, ist das Caltex-Projekt gestorben“. Beklommene Stille. Die „Frankfurter Rundschau“ hierzu: „CDU-Kreischef Rudi Haselbach, um Fassung ringend, bat um Wiederholung“ und „CDU-Chef und Flughafenbauauftrag Haselbach sprach sichtlich betroffen von überraschend neuen Erkenntnissen.“ So ist das halt, wenn man verblendet ist: man sieht nicht mehr so gut. Andere hatten schon lange vorher davor gewarnt das Gelände in der heute üblichen Art und Weise zu bebauen. Natürlich hageln die ersten Dementis von CDU, FDP und FAG. „Alles noch machbar, heißt es.“ Aber die Herrschaften wurden doch mal wieder ein wenig enttarnt.



Entfesselter Kapitalismus. Jeder kämpft gegen Jeden.



Was nun? Bisher hieß es von Wiesbaden bis zur Fraport: „Der Flughafen ausbau schafft Arbeitsplätze.“ Nun kann man aber auch so recht sagen: „Der Flughafen ausbau bedroht Arbeitsplätze.“ Wenn man dort nur 10 m hoch bauen darf, dann wird's halt nix mit den 10.000 prognostizierten neuen Beschäftigungsverhältnissen.

Was noch? Die in der Mediation genannten Zahlen sind offenbar bewusst falsche Zahlen und das Beispiel Caltex-Gelände ist möglicherweise nur die Spitze eines Eisbergs. Außerdem: Eingepplant sind die enormen Belastungen der Menschen durch Wiesen- oder Waldverlust, Luft- und Wasservergiftung, psychische und körperliche Erkrankungen.

Wenn die Ausbaubetreiber noch mehr Schwierigkeiten bei der Durchsetzung

Caltex-Planung nicht gebaut werden. Besser wäre, rings um den Flughafen würden die Leute wach und verstärkten den gemeinsamen Widerstand gegen den Flughafen ausbau. Denn keine der Ausbauvarianten ist umwelt- oder sozialverträglich.

Die Bürgerinitiative gegen den Flughafenenerweiterung schreibt: „Jetzt gilt es, gegen die Werbemillionen, Gaunereien der Fraportmanager und Landesregierung, den Widerstand gegen jede Flughafenenerweiterung vor Ort weiter zu stärken. Vernunft und Gesetz allein werden die alten und neuen Profiteure des Flughafens nicht aufhalten. Das wissen wir so sicher wie wir unseren Wald und unsere Gesundheit den blühenden Landschaften der Fraport-Manager vorziehen.“ rh

## Viel Glück

Um ein Haar wäre eine voll besetzte Lufthansa-Maschine nach dem Start in Frankfurt, am 20. März abgestürzt. Dies enthüllte jetzt die britische Fachzeitschrift „Flight“.

Es wird wieder einmal deutlich: daß bei den riesigen Flugzahlen in der letzten Zeit nichts passiert ist, hängt an der fortgeschrittenen Technik, dem Können der Piloten und Fluglotsen und am Glück. Wir werden bald noch mehr Glück brauchen.

der Pläne für die Nordwestbahn kriegen dann holen sie aber auch schnell die Südvариante am Nordrand von Walldorf wieder aus der Schublade.

Was nun? Einige werden vielleicht jetzt aufatmen, weil sie die Hoffnung haben, die Nordbahn könne wegen der

## Altersarmut vorprogrammiert

Eigentlich ist es ein starkes Stück was sich da die örtliche SPD-Zeitung „Kontakt“ geliefert hat. Man verwendet einfach und kritiklos die Riester-Sprüche aus Berlin. „Rentenreform - plus Programm zur Bildung von Altersvermögen“ heißt die Jubelüberschrift.

Man kann es auch anders sehen: Altersarmut durch Riesters Rentenklau. Wer als heute noch „Junger“ im Alter eine Rente haben will, von der er leben und nicht nur vegetieren kann, darf den Rentenbeitrag, der ihm vom Lohn abgezogen wird, getrost vergessen. Ihm wird geraten bis zu vier Prozent seines Lohns in die private Zusatzrente zu zahlen. Gelingt ihm das nicht, geht's im Alter aufs Sozialamt. Gewerkschafter sagen deshalb auch: „Ein reaktionärereres Gesetz im Bereich der Sozialpolitik hat die Regierungskoalition seit ihrem Amtsantritt noch nicht zustande gebracht.“

Eine sozialdemokratisch geführte Regierung hat damit ein Rentensystem auf den Müllhaufen befördert, das weit über 100 Jahre unangefochten ein Stück sozialpolitischen Fortschritts verkörperte.

Für viele wird es ein böses Erwachen geben, wenn im Ruhestand gerade mal ein besseres Trinkgeld herauskommt, zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.

### Unternehmer auf Gewinnerseite

Davon gehen jedenfalls die Urheber des Gesetzes selbst aus. Es sichert nicht mehr als ein Rentenniveau - bei im Idealfall 45 Beitragsjahren - von 67 Prozent zu. Dabei wird der diesem Satz als Bezugsgröße zugrundeliegende durchschnittliche Nettobetrag nach allen Regeln der Kunst runtergerechnet. Der Effekt der jüngsten Steuerentlastungen bleibt zum Beispiel unberücksichtigt. Die Mehrheit der Rentenbezieher wird die „Traumgrenze“ von real 67 Prozent nie erreichen. Um die Gewerkschaften kirre zu machen, kam Schröder ihnen in der Frage tariflicher Regelungen für Betriebsrenten entgegen. Es ändert nichts am reaktionären Gesamtcharakter des Gesetzes, bei dem gerade die sogenannten Kleinen verlieren und nur Unternehmer klar auf der Gewinnerseite stehen.

Was muss derjenige tun, der im Ruhestand nicht als Bittsteller auf dem Sozialamt erscheinen möchte? Das Gesetz benennt die Alternative. Er muss sich zusätzlich privat versichern. Für einen Aufwand von bis zu vier Prozent seines Lohnes oder Gehalts erhält er - wie lange? - einen mit der Höhe des Einkommens wechselnden und von anderen sozialen Faktoren abhängigen Staatszuschuss.

Wer, wie immer er auch rechnet, diese zusätzlichen vier Prozent nicht aufbringen kann, hat Pech gehabt. Er wird im Alter statt auf Zusatzrente auf Sozialhilfe zurückgreifen müssen.

### Vorprogrammierte Altersarmut

Besonders nachteilig ist die neue Regelung für Frauen. Sie haben ja in den seltensten Fällen ununterbrochene Erwerbsbiographien. Sie haben durchschnittlich auch nach wie vor geringere Löhne. Das Niveau der Hinterbliebenenrenten, von denen besonders sie in der Regel abhängig sind, sinkt dramatisch, nämlich von 60 auf 55 Pro-

zent. Das ist vorprogrammierte Altersarmut für Millionen.

### Versicherungs-Agenten

Haftbar für diesen Fortschritt nach hinten sind der SPD-Kanzler Schröder und der SPD-Arbeitsminister Riester, wie auch die „rot-grüne“ Regierungsmehrheit, die das Manöver deckte. Der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Peters nannte Riester den erfolgreichsten Versicherungs-Agenten aller Zeiten. Der Umfang der jetzt zu schließenden Privatverträge wird immerhin auf 60 Milliarden DM geschätzt. Die Versicherungskonzerne machen ein Geschäft, wie sie es noch nie erlebt haben. Und es ist dazu noch ein vom Staat subventioniertes Geschäft.

## Die Macht des Geldes

Das Geld der Banken und Konzerne bedeutet: Politische Macht! Wirtschaftsspenden an Politiker sind noch die harmloseste Form der Einflussnahme. Die Seilschaften der Wirtschaft sind groß und unübersichtlich. Und sie überdauern die Regierungen.

Es ist keine Kleinigkeit, sich gegen die Macht des Geldes zu stellen. Dennoch müssen wir die Auseinandersetzung führen.

Bereits wenige Zahlen dokumentieren eindrucksvoll, mit welchen Größenordnungen wir es zu tun haben. Gerade mal 20 Jahre ist es her, da wurden täglich 80 Milliarden US-Dollar am Weltkapitalmarkt umgesetzt. Bereits eine unvorstellbar große Summe. Aber nur ein Bruchteil dessen, was heute an einem Börsentag gehandelt wird. Heute sind das sage und schreibe 1,5 Billionen US-Dollar weltweit - täglich. Aber nur 3 Prozent davon dienen produktiven Zwecken. 97 Prozent sind rein spekulativer Art. Dieser Charakter wird auch an folgendem deutlich: 80 Prozent der Kapitalbewegungen weltweit haben nur eine Anlagendauer von maximal einer Woche. Das hat gravierende Folgen! Es geht um Riesenprofite in kürzester Zeit. Und um sonst gar nichts! Damit entfesselt der Kapitalismus seine Destruktivkräfte!

Die Entwicklung zeigt: Der angehäufte Reichtum dient nicht allen, es geht eben nicht allen gut, wenn es der Wirtschaft gut geht. Sondern der Reichtum der Wenigen ist die Armut der Vielen!

*Auf der einen Seite trifft's  
die Rentner. Auf der anderen  
Seite aber auch genau die  
Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger ...*

*Toll! Total  
ausgewogen!!*



# Für eine radfahrerfreundliche Stadt. Wir bleiben dran.



## Alte Forderungen der DKP/OL-Fraktion endlich erfüllt

*Im „blickpunkt“, September vorigen Jahres, mahnten wir die Erneuerung des Radweges am Vitrolles-Ring (östliche Seite) in Richtung Walldorf, von der B486 (Schwimmbad) bis zum Kreisell Zillering, an. Nun können wir berichten, daß die Hälfte des Wegs verbreitert und das Verbundpflaster mit einer Asphaltdecke überzogen wurde. Die Fortsetzung der Arbeiten bis zum Zillering sollen laut Bauamt bei nächster Gelegenheit fortgesetzt werden.*

*Ebenso ist die, schon lange angemahnte, Erneuerung des „Hurenweges“ (Radweg zwischen den Stadtteilen Walldorf und Mörfelden entlang der Bahnlinie), des Bornweges und der Schnepfenschneise in Richtung Naturfreundehaus fertiggestellt. Auch ist jetzt endlich die Sanierung der Siebente-Stein-Schneise von dem Stadtteil „An den Eichen“ in Richtung Langen laut Bauamt kurz vor der Ausführung.*

HH

## Wann entschuldigt sich die CDU?

In Berlin wird es bald Wahlen geben. Die PDS tritt mit Gregor Gysi als Spitzenkandidat an. Vor allem die CDU reagiert darauf mit einem Wahlkampf der an die finstere Zeit des kalten Krieges erinnert. Gerade die CDU, die so viel „Dreck am Stecken“ hat, sollte man auch einmal auffordern sich für ihre Politik der Vergangenheit zu entschuldigen.

Wer in der Lage ist sich zu erinnern stößt z.B. auf folgende Fakten:

Von 1949 bis 1968 fanden im Westen gegen 250.000 Kommunisten und andere Linke unmittelbare politische und staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren statt. Eine große Zahl der Betroffenen wurde kurzzeitig verhaftet, oft am Arbeitsplatz. Viele verloren ihre Arbeit, mussten Werkwohnungen räumen, wurden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Viele wurden in Vereinen und in der Nachbarschaft in die Isolierung gedrängt. Über die Zahl der Verurteilungen gibt es keine offiziellen Angaben. Man setzt die Zahl von 7000 als vorsichtig an, zumal 1949/50 und von 1963-1968 vom Statisti-

schen Bundesamt keine Zahlen über politische Urteile genannt werden. Für 1951 bis 1955 nennt man 2920 Verurteilungen. In diesem Zeitraum fanden allein gegen FDJ-Mitglieder über 35000 Ermittlungsverfahren statt, 6429 wurden verhaftet und in 425 Prozessen zu 1029 Jahren Gefängnis verurteilt. In einem Buch über „Das juristische Erbe des Dritten Reiches“ wird die Verurteilung von 6758 Kommunisten in den Jahren von 1951 bis 1968 angeführt.

Auch die SPD sollte sich nicht allzuweit aus dem Fenster hängen. Die Berufsverbote neuerer BRD-Praxis begannen in Hamburg 1971, nachdem der sozialdemokratische Hamburger Senat beschlossen hatte, fortan die beamtenrechtlichen Bestimmungen so zu interpretieren, dass bei Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei (oder Tätigkeit und Kandidatur für diese oder deren Jugendorganisation) nicht die jederzeitige Gewähr für Verfassungstreue gegeben sei und erst extra nachgewiesen werden müsse. 1972 verständigten sich alle Ministerpräsidenten und der damalige Bundeskanzler Brandt auf dieses gemeinsame Vorgehen - und fassten den sogenannten „Radikalenerlass“.

Die Länder erließen Verfahrensrichtlinien, die - nach mehrmaliger Abschwä-

chung - bis heute in Kraft sind. Später wurde diese Praxis dann auch auf alle diejenigen ausgedehnt, die mit Kommunisten offen politisch zusammenarbeiteten. Insofern wurden auch SPD-, Juso-, FDP-Mitglieder und Aktivisten aus der Friedensbewegung und Parteilose betroffen. (...)

Insgesamt gab es 3,5 Millionen Überprüfungen, die zu 35 000 Dossiers führten. Es gab 11 000 „Fälle“ von Berufsverbotsverfahren, 1 250 endgültige Ablehnungen von Bewerbern, 2 200 Disziplinarverfahren, 256 Entlassungen. Grundlage für die Dossiers sind die 18,5 Millionen Eintragungen beim Verfassungsschutz (Zahl von 1989), 8 Millionen Eintragungen im Fundstellennachweissystem NADIS und 50 000 Eintragungen in der MAD-Basiskartei „Zersetzung“.

80 Prozent der Verfahren sind für die Betroffenen endgültig positiv entschieden worden, fast immer erst nach vielfältigen öffentlichen Protesten, bundesweiten und internationalen. Das längste bekannte Verfahren hat 27 Jahre gedauert, bis es positiv abgeschlossen werden konnte. Jeder kann erahnen, was das für Betroffene und ihre Familien bedeutete.

Da haben sich also noch viele andere zu entschuldigen.

## Aus dem Kreistag



### Rückfall in den kalten Krieg

Auf Initiative von Rudi Hechler wurde im Kreistag am 18. Juni ein gemeinsamer Antrag der PDS/OL, SPD, FDP und der Grünen beschlossen, wonach der Förderverein „Jüdische Geschichte und Kultur“ im Jahr 2001 für den Wilhelm-Hamann-Preis 2000,- DM erhält. Über diesen Vorgang müsste man nicht groß berichten, hätte es bei diesem Tagesordnungspunkt nicht einen unerträglichen gemeinsamen Auftritt von CDU und „Republikaner“ gegeben. Wie in Zeiten des „Kalten Krieges“ überboten sich die Herren Haselbach und Skibba in ihrer antikommunistischen Hetze. Beide Fraktionen lehnten den Antrag ab.

#### Fragen, Vorschläge, Ideen an die Fraktion PDS/OL:

Rudi Hechler  
Hochstraße 22

64546 Mörfelden-Walldorf  
Tel./Fax 06105-22362

e-mail: RudiH@dkp-mw.de  
www.pds-gross-gerau.de  
www.dkp-mw.de

#### Der „blickpunkt“ freut sich auf Leserbriefe



## „Kinder keine Werkstücke“

Lehrer der Prälas-Diehl-Schule lehnen geplanten Pilotversuch ab

„Die Gewerkschaften der ... In der Begründung wird die ... der gewerkschaftl. in dieser ...  
Lehrerinnen und Lehrern ... ... ...  
... ... ...  
... ... ...

In der Juni-Sitzung des Kreistages gab es eine umfangreiche bildungspolitische Debatte. Der Sprecher der Fraktion PDS „Offene Liste“ ging in seinem Beitrag auf den geplanten „Pilotversuch“ an den Schulen im Kreis Groß-Gerau ein. Er stützte sich dabei auf die Argumente der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Er sagte u.a.: Was die Beschäftigten in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung schon länger nervt, soll jetzt auch Einzug in die Schulen halten: Unter dem wohl klingenden Namen „Gemeinsame Verantwortung für Bildung und Erziehung in hessischen Schulen“ soll an den Schulen des Kreises Groß-Gerau und der Stadt Rüsselsheim die „neue Verwaltungssteuerung“ erprobt werden.

In seinen weiteren Ausführungen griff der PDS-Sprecher eine Resolution der Martin-Niemöller-Schule Riedstadt auf, in der es u.a. heißt:

„Nach einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Pilotprojekt „Gemeinsame Verantwortung für Erziehung und Bildung“ fordert die PV der MNS den Kreis Groß-Gerau als Schulträger auf, aus diesem Projekt auszusteigen. Ein Grundsatzbeschluss der Landesregierung, eingeleitet von SPD und Grünen, bekräftigt von CDU und F.D.P., sieht den Umbau der Landesverwaltung bis 2008 nach den Grundsätzen des neuen Steuerungsmodells (NSM) vor. ....“

Es ist geplant:

- dass auch in der Schule alle Leistungen (Produkte) auf ihre Kosten und ihren Ertrag hin erfasst werden
- wie in allen Bereichen, in denen die neue Verwaltungssteuerung (NVS) eingeführt wird, eine „Erfolgsdividende“ zu fordern, die zur Haushaltssanierung an das Finanzministerium abgeführt wird
- im Rahmen der NVS eine output-orientierte, ergebnisorientierte Bud-

getierung nach Leistungszwecken einzuführen

- dass es Aufgabe der Schulen wird, Produkte zu definieren. Um die vorgegebenen politischen Ziele zu erreichen bedient sich die Verwaltung dieser Produkte
- von den Schulen das Erstellen von Berichten über den Grad der Zielerreichung zu verlangen. Dieses Berichtswesen ist Teil des Controlling, das die Zielplanung und Zielerreichung systematisch vergleicht und je nach Erfolg oder Misserfolg die Ressourcen (Gelder, Lehrer ....) zuteilt
- aus den Schulprogrammen die „Produkte“ und Qualitätsstandards, sowie die daraus resultierenden Ressourcenanforderungen abzuleiten. Die Formulierungen der Schulprogramme haben sich an den zur Verfügung stehenden Ressourcen auszurichten.

Im Kreis Groß-Gerau soll so der Nachweis erbracht werden, dass Schulen nach den Grundsätzen der Verwaltungsreform über Produkthaushalte betriebswirtschaftlich gesteuert werden können.

Auf diesem Wege findet eine grundlegende Umwandlung der Schulen und ihrer Curricula statt, ohne dass Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen und MitarbeiterInnen eine Möglichkeit zur Mitsprache und Mitbestimmung haben. Sie werden eher zu Objekten von Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Dies wird durch die Sprache der Texte unterstrichen, die in ihrem Vokabular „unmenschlich“ sind.

Hinter der „Neuen Verwaltungssteuerung“ steht die Annahme, dass eine wirtschaftliche Schule auch eine gute Schule ist. Aber eine Kosten-Leistungsrechnung gibt keine Auskunft über die pädagogische Qualität einer Schule.“

Aus: „links“, Informationen der PDS / Offene Liste im Kreistag Groß-Gerau



Doppeldenk



## Sommercamp gegen Flughafen ausbau

Vom 21.07. bis 28.07.2001 wird im Mörfelder Jugendzentrum ein Sommercamp gegen Flughafen ausbau von der Internationalen Jugend veranstaltet. Es gibt viele Gründe, an diesem Camp teilzunehmen.

Schließlich werden diverse Arbeitsgruppen angeboten. Doch nicht nur zum Thema Flughafen ausbau. Auch AG's wie Faschismus, Schule oder Sexismus finden sich im reichhaltigen Programm wieder. In diesem werden auch mehrere Abendveranstaltungen und ein Konzert geboten.

Neben Hintergrundinformationen von beispielsweise aktiven Bürgerinitiativen wird auf dem Camp auch selbst recherchiert. Natürlich werden auch Aktivitäten entwickelt. So sollen Plakate und Flyer hergestellt, aber auch Aktionen geplant werden.



Damit der Spaß nicht zu kurz kommt, ist ausreichend Raum für Sport und Party vorgesehen. So werden Fuß- und Volleyballturniere, aber auch Selbstverteidigungskurse angeboten. Die dort erworbenen Kenntnisse können beispielsweise gegen vom Staat ausgehende körperliche Gewalt angewendet werden.

Abends dann Party im JUZ, Lagerfeuer auf dem Zeltplatz, abhängen im Camp-Café, Billard oder Kicker zocken und was euch noch so einfällt. Für den Blick über den Tellerrand gibt's Veranstaltungen mit internationalen Gästen sowie Mitternachtskino. Am Freitag Abend dann das schon vorhin erwähnte Konzert mit lokalen Bands.

Ihr seht, dass es sich lohnt. Also schnell anmelden, denn die TeilnehmerInnenzahl ist begrenzt und es werden Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet. Kontakt über: Internationale Jugend, c/o Buchladen, Hamburger Allee 35, 60486 Frankfurt/Main.

Fax: 069/97 071025.

e-mail: info@kein-flughafen.de  
oder: internationalejugend@gmx.net  
www.internationalejugend.de  
Info-Hotline: 0179/42 36 516 oder  
0171/43 08 093.

## Grenzcamp im Rhein-Main-Gebiet

Das 4. antirassistische Grenzcamp wird unter dem Motto „kein Mensch ist illegal“ vom 27.07. bis 05.08.2001 im Rhein-Main Gebiet stattfinden. Wie die Jahre davor richtet sich auch das diesjährige Camp gegen das Grenzregime Deutschlands und Europas.

Der Schwerpunkt liegt diesmal auf einer anvisierten Aktion auf dem Frankfurter Flughafen gegen den dort vorhandenen Abschiebeknast. Leider war bei Redaktionsschluss noch kein genauer Zeltplatz bekannt.

Kontakt und weitere Informationen unter: 3. Welthaus Frankfurt, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt/Main. Tel.: 069/79 20 17 72 (Mi. 18-22 Uhr).

E-mail: ag3f@oln.comlink.apc.org  
www.contrast.org/borders/kein/

## Der Rote Abend

Politisches Abhängen in gediegener Atmosphäre  
Jeden Mittwoch 20.00 Uhr, Juz Mörfelden  
Diskussion - Film - Vorträge  
direct Action - Kneipe - Zeitschriften - Abhängen

## JuKuCa fällt nicht ins Sommerloch

Auch während der Sommerferien trifft sich die Initiative für ein Jugend- und Kulturcafé mittwochs 14-tägig um 19 Uhr, leider an verschiedenen Orten. Es wurden in jüngster Vergangenheit erfolgreiche Aktionen wie beispielsweise eine Fahrraddemo durch Mörfelden-Walldorf mit ca. 50 TeilnehmerInnen bestritten. Interessierte sind willkommen.

AnsprechpartnerInnen sind:  
Finn Whitworth (Tel.: 23417) und  
Judith Kolbe (Tel.: 22417).

e-mail: jugendundkulturcafe@gmx.de internet: www.jukuca.de5.de

Redaktion Doppeldenk, Kontakte über: Angela Kolbe, Heinerweg 14; Björn Doland, Keisterbacher Str. 72; Florian Bernhard, Ederstr. 8; Martin Wilker, Isarstr. 33; Sebastian Schwappacher, Heidelberger Str. 25, Mörfelden-Walldorf (doppeldenk@gmx.de) oder die „blickpunkt“-Redaktion



Von der Heuernte bekommt heute in unserer Gegend kaum noch jemand etwas mit. Noch vor 40 bis 50 Jahren herrschte Ende Juni auf den umliegenden Wiesen reges Treiben. Die ganze Familie, Großeltern, Eltern und Kinder waren eingespannt. In aller Frühe wurde das Gras von Hand mit der Sense gemäht, dann mit der Heugabel „verschnickt“ (verteilt), mehrmals zum Trocknen mit dem Rechen gewendet und gegen Abend auf Haufen gesetzt. Am nächsten Tag begann die Prozedur aufs neue bis dann das Fuhrwerk kommen und für den Heimtransport beladen werden konnte. Das Heu war für die Kleinbauern und Nebenerwerbs-Landwirte zur Fütterung ihrer Ziegen und Kühe unentbehrlich. Begonnen wurde mit der Heuernte ab dem 24. Juni – vorher durften die Wiesen nicht befahren werden. Auf unserem Foto, etwa aus dem Jahre 1940, sehen wir auf der Wiese nach getaner Arbeit an seinem zweispännigem Kuhfuhrwerk, Jakob Knöss („Ärem“s Jakob“) aus der Schafgasse in Mörfelden. Rechts daneben sein Neffe Fritz Knodt, Lore und ihre Mutter Eva Knodt („Eeb“). Davor stehend die Kinder v. l.: Wilhelm Knöss, Eilfriede Knöss und Gisela Knodt. Da viele Mörfelder zu ihren Zunamen Knöss oder Knodt noch den Beinamen „Ärem“ haben, wurde der Mörfelder Hobby-Heimatforscher Philipp Völker nach dem Ursprung gefragt. Er wußte zu berichten, daß der Name „Ärem“ von Adam stammt und der erste Adam mit diesem Beinamen bereits am 19. 08. 1774 geboren wurde, von Beruf Bäcker war, 15 Kinder hatte und am 24. 09. 1832 verstarb.



Die blickpunkt-Redaktion bedankt sich bei Philipp Völker für das Foto und die Informationen, die auch in seinem Buch „125 Jahre Sachsenhausen“ enthalten sind.

**www.dkp-mw.de**

Hier erfährt man einiges über unsere Publikationen, kann Geschichte nachlesen. Seit über dreißig Jahren erscheint monatlich der „blickpunkt“, den alle Bürgerinnen und Bürger kennen. Sehen Sie sich die Zeitung an. Gestern und heute waren wir aktiv gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens, man kann es nachlesen. Wir haben zahlreiche Bücher und Broschüren über die jüngste Geschichte unserer Stadt veröffentlicht, es gibt Ausarbeitungen über den heimlichen Dialekt. Besuchen Sie diese Seiten.

**Herzlichen Dank  
allen,  
die für den Erhalt dieser  
Zeitung spenden!**

**Jede Mark hilft  
dem »blickpunkt«!**

Unser Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto-Nr. 9003419  
BLZ 50852553

**Unser Lexikon**

**Schbrisch**

An de Streichelzer  
fange se oo zu spoarn,  
awwer es Licht losse  
se iwwer Noacht brenne